

Plädoyer für eine stabilitätsorientierte Fiskal- und Geldpolitik

Vortrag von Dr. Fritz Zurbrügg zur Aufgabe von Regierungen und Zentralbanken anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde.



Angesichts der anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise stehen Fiskal- und Geldpolitik in verschiedenen Ländern vor grossen Herausforderungen. Während die hohen Staatsschulden zahlreiche Regierungen an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit gebracht haben, steigt der Druck auf die Zentralbanken, mit immer unkonventionelleren und umfangreicheren Massnahmen die Finanzmärkte und die Wirtschaft zu stabilisieren.

Am 21. November 2012 hat Dr. Fritz Zurbrügg, Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank und ehemaliger Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, an der Universität Luzern einen Vortrag unter dem Titel „Fiskal- und Geldpolitik im Spannungsfeld stabilitätsorientierter Wirtschaftspolitik“ gehalten. Am 8. November war ihm von der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät die Ehrendoktorwürde für seine Verdienste zugunsten einer nachhaltigen Finanzpolitik und deren internationale Anerkennung verliehen worden.

Laut Zurbrügg sind die Aufgaben und Ziele von Fiskal- und Geldpolitik zumindest in normalen Zeiten sehr ähnlich. Während die Geldpolitik für Preisstabilität sorgen soll, verfolgt die Fiskalpolitik unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung das Ziel von langfristig ausgeglichenen öffentlichen Finanzen. Im Idealfall ergänzen sich Fiskal- und Geldpolitik und sorgen gemeinsam für eine stabile Entwicklung, Beschäftigung und Wohlstand. In ihren Auswirkungen bestehen aber auch wechselseitige Abhängigkeiten. Die Geldpolitik wirkt sich auf die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen aus, umgekehrt erhöhen steigende Defizite und Schulden der Regierungen den politischen Druck auf die Zentralbank.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Wechselbeziehungen hat sich bereits vor Ausbruch der aktuellen Krise wiederholt gezeigt, dass klare Regeln für Fiskal- und Geldpolitik besser geeignet sind, eine stabile Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten, als kurzfristig

beschlossene Massnahmen. Eine solche Regel in der Schweiz ist die Schuldenbremse auf Bundesebene, welche über einen Konjunkturzyklus betrachtet einen ausgeglichenen Haushalt fordert. In schlechten Zeiten sind Defizite zulässig, in guten Zeiten müssen aber entsprechende Überschüsse erwirtschaftet werden. Bei der Geldpolitik soll das Ziel der Preisstabilität anhand von gesamtwirtschaftlichen Analysen und Inflationsprognosen erreicht werden. Das Hauptinstrument dazu ist der Leitzinssatz. Als extreme Massnahme ist der seit September 2011 geltende Mindestkurs von 1.20 Franken gegenüber dem Euro zu betrachten.

Regeln schränken in der kurzen Frist zwar den diskretionären Spielraum von Regierungen und Zentralbanken ein, ermöglichen in der langen Frist aber eine stabile Entwicklung. Ohne Regeln ist die Unsicherheit für Unternehmen und Haushalte deutlich höher. Unterliegen Fiskal- und Geldpolitik keinen Einschränkungen, drohen Überschuldung und Inflation. Auch Regeln sind indessen kein Wundermittel. Sie müssen einfach, transparent und verbindlich sein und bedingen eine tief verankerte Stabilitätskultur in Politik und Gesellschaft. Die Schweiz hat die Krise bisher unter anderem auch dank klaren Regeln vergleichsweise gut überstanden. Dennoch steht auch sie vor grossen Herausforderungen. In der Fiskalpolitik ist es laut Zurbrügg in erster Linie die demografische Entwicklung und die damit verbundene finanzielle Belastung. In der Geldpolitik muss es gelingen, die Risiken der getroffenen Massnahmen und die zusätzliche Liquidität rechtzeitig wieder zu reduzieren.

Martin Weder, wissenschaftlicher Assistent, Ökonomisches Seminar